

Petition fordert Gedenkstein für tragisch Verunglückte

Zweiter Versuch Vor mehr als zwei Jahren wurde ein 7-Jähriger in Basel von einer Rentnerin ermordet. Um des Jungen zu gedenken, fordert eine Petition erneut ein Mahnmal.

Nach dem Mord an Ilias (7) im Jahr 2019 forderten 1500 Menschen mittels Petition die Stadt Basel auf, dem Jungen am Tatort beim St.-Galler-Ring im Gotthelf-Quartier einen Gedenkstein zu errichten. Damals schrieb die Regierung, der Wunsch sei gut nachvollziehbar. Sie lehnte den Vorschlag aber mit folgender Begründung ab: «Bei aller damit verbundenen Tragik und dem verständlichen Bedürfnis nach einem Ausdruck des Gedenkens ist es schlicht nicht möglich, für jeden unter unglücklichen Um-

ständen zu Tode gekommenen Menschen im öffentlichen Raum ein Mahnmal zu errichten, und sei es noch so bescheiden.»

Zwei Jahre später wagen die Petenten einen neuen Versuch: «Wir fordern von der Regierungsrätin Frau Esther Keller einen allgemeinen Gedenkstein auf dem Friedhof am Hörnli in Riehen», heisst es in der Petition. Mit diesem Mahnmal wolle man aller im Kanton tragisch verunglückten Menschen gedenken. Gemeint seien Menschen, «die durch einen Autounfall oder eine Form von

Gewalt ums Leben gekommen sind», heisst es weiter.

Lukas Paul Spichiger war schon vor zwei Jahren treibende Kraft hinter der Petition: «Ich stand damals in Kontakt mit den Eltern von Ilias. Die Tat hat uns derart schockiert, dass wir etwas unternehmen wollten», sagt er über seine Motivation.

1623 Unterschriften

Dass die Regierung seinen ursprünglichen Vorschlag eines Gedenksteins am Tatort abgelehnt hat, kann Spichiger verstehen.

Die nun vorgeschlagene Lösung einer allgemeinen Gedenkstätte sei ein guter Kompromiss: «Das Mahnmal am Friedhof wäre etwas für die Allgemeinheit, eine Stätte der Erinnerung – auch für weniger bekannte Fälle als Ilias.»

Die Petition hat Spichiger nun eingereicht. Inklusiv der vor zwei Jahren gesammelten Unterschriften konnten 1623 Personen gefunden werden, die das Anliegen unterstützen. Gemäss Spichiger hätten es durchaus mehr sein können: «Bei der von uns verwendeten Plattform wird aber

eine Angabe der Handynummer gefordert. Dies hat einige von einer Unterschrift abgehalten», sagt er.

So habe er viele Nachrichten und sonstige Formen der Unterstützung erhalten. Dies stimme ihn zuversichtlich, dass das Anliegen nun auch von der Politik angenommen werde: «Es wäre eine schöne Geste. Ein solcher Ort kann viel bewirken», meint Spichiger. Die Regierung sei nun daran, die Forderung zu prüfen.

Tobias Burkard